

Landesweites Bildungsticket: Kreis Steinburg macht nicht mit

Von [Sönke Rother](#) | 09.03.2024, 13:00 Uhr



Die zuständigen Ausschüsse haben die Einführung des Bildungstickets für den Kreis Steinburg abgelehnt. Foto: IMAGO/Dwi Anoraganingrum

Bei den Kosten für die Schülerbeförderung ändert sich nichts: Kreis und Schulträger zahlen. Schüler, deren Beförderungskosten über 49 Euro liegen, erhalten weiterhin das Deutschlandticket; auch Oberstufen- und RBZ-Schüler werden weiter unterstützt. Ein subventioniertes Deutschlandticket für 29 Euro wurde abgelehnt.

Für die Schüler im Kreis Steinburg bleibt alles beim Alten. An den Kosten für die Schülerbeförderung wird sich nichts ändern. Mit den vier Stimmen von CDU, FDP/Freie Wähler (FW) und AfD lehnte der Bau- und Verkehrsausschuss aber die Einführung des landesweit geplanten Bildungstickets ab; SPD und Grüne hatten mit drei Stimmen dafür votiert. Auch der Sport-, Schul- und Kulturausschuss, der gemeinsam mit dem Verkehrsausschuss getagt hat, lehnte die Einführung eines Deutschlandtickets für alle anspruchsberechtigten Fahrschüler gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab. Die entsprechenden Beschlüsse sind Empfehlungen für den Kreistag, der am Donnerstag, 21. März, zusammenkommt.

Die Landesregierung und die Kommunalen Landesverbände hatten sich geeinigt, ab dem 1. April 2024 ein landesweit einheitliches Schülerticket, das Bildungsticket, zu einem maximalen Preis von 29 Euro vollständig zu finanzieren. Schüler mit Anspruch auf Schülerbeförderung sollten das Ticket zum Nulltarif erhalten; alle anderen könnten ein 49-Euro-Ticket für eine Zuzahlung von 29 Euro pro Monat beantragen. Bei diesen würden die Kommunen die Differenz von 20 Euro durch Zuweisungen erstattet bekommen.

Zu viele „Variablen“ für eine endgültige Entscheidung

Verkehrsausschussvorsitzender Tobias Rückerl hatte für seine Fraktion deutlich gemacht, dass FDP und FW angesichts „der vielen Variablen bei diesem Thema“ nicht zustimmen könnten. Man wisse nicht, wie viele Schüler am Ende ein ermäßigtes Ticket beantragten und ob die Zuweisungen des Landes diese Kosten decken würden. Auch die Mehrkosten, die bei einem 49-Euro-Ticket für anspruchsberechtigte Fahrschüler entstünden, seien angesichts des engen Kreishaushalts nicht abzubilden.

Für Heinrich Voß (Grüne) waren die Ausführungen „ein Musterbeispiel, wie man Sachen zerreden kann“. Schulausschussvorsitzender Niels Jurgons (SPD) merkte an, dass man natürlich nicht absehen könne, wie viele Schüler das Bildungsticket annehmen würden, aber:

„Ich glaube nicht, dass wir uns zumuten dürfen, der einzige Kreis in Schleswig-Holstein zu sein, der dabei nicht mitmacht.“

Niels Jurgons
SPD

Der weiterreichende Beschlussvorschlag sah vor, allen rund 5000 anspruchsberechtigten Fahrschülern ohne Mehrkosten das Deutschlandticket zu geben. Zusätzliche Kosten hätte der Kreis und möglicherweise die Schulverbände übernommen. Die Verwaltung hatte die anfallenden Kosten auf rund 870.000 Euro geschätzt. Mit diesen war im Vorweg allerdings noch nicht gesprochen worden. Auch das war ein Punkt, der für FDP/FW und CDU noch offen war. Alle anderen etwa 11.000 Schüler hätten dann das Bildungsticket für 29 Euro beantragen können; die Mehrkosten würde das Land tragen. Allerdings nur mit einem festen Betrag, der die Kosten für knapp 3000 solcher Tickets im Kreis Steinburg decke, hieß es von Seiten der Verwaltung. Auch eine „Variable“, die den ablehnenden Politikern ein Dorn im Auge war.

Die Idee, für alle anspruchsberechtigten Fahrschüler das Deutschlandticket anzubieten, und ihnen die Mehrkosten in Rechnung zu stellen, wurde nicht weiter verfolgt. Das sei allerdings auch jetzt schon möglich, hieß es von der Verwaltung. Eine einstellige Zahl der rund 5000 anspruchsberechtigten Fahrschüler würde dieses Angebot wahrnehmen. Die Einführung des Bildungstickets nur für eine Schülergruppe, da waren sich alle Politiker einig, komme auf keinen Fall in Frage.

Online-System Olav für Fahrkartenbuchung soll kommen

Einig waren sich alle Politiker darüber, dass der Kreis Steinburg am [Online-System Olav](#) teilnimmt, über das die Abwicklung von Schülerfahrkarten erfolgen soll – von der Berechtigungsprüfung über Kundenservice und Aboverwaltung bis hin zur Ausgabe von Chipkarten. 10.000 Euro für die Deckung von Initialkosten wurden überplanmäßig in den Haushalt eingestellt. Ebenfalls einig waren sich die Politiker, dass die freiwillige Übernahme von Schülerbeförderungskosten für Oberstufenschüler und Schüler, die das Regionale Berufsbildungszentrum (RBZ) besuchen, beibehalten wird.

Beim Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11. Dezember 2022, in dem die Verwaltung beauftragt werden sollte, die Schülerbeförderungssatzung zu überarbeiten, so dass ausschließlich die Länge des Schulwegs ausschlaggebend für eine Kostenförderung sei, enthielten sich die Christdemokraten. Man sehe noch Abstimmungsbedarf mit den anderen Fraktionen, hatte Fraktionschef Marko Förster erklärt. Der Antrag wurde dennoch mit den Stimmen der anderen Fraktionen beschlossen.